Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 1spaltige Text-Millimeterzeile (90 mm breit) 20 Rpfg. Nachweisungs- u. Vermittlungsgebühr: 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 13 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 16. Januar 1934

Ohne Deutschland!

Das Jahr 1933 hatte den Völkerbund gleich in eine doppelte Krise hineingetrieben: erst hatte Japan seinen Austritt erklärt, nachdem es eine rein formell gebliebene Verurteilung seines kriegerischen Vorgehens gegen China erfahren hatte, und am 14. Oktober 1933 teilte Deutschland dem Völkerbund mit, daß es den Spuk von Genf nicht mehr mitmachen werde. Jetzt ist der Völkerbundsrat wieder zusammengetreten, und er hat Gelegenheit, über jene beiden Ereignisse des Jahres 1933 sich und der Welt Rechenschaft zu geben. Die Reichsregierung denkt natürlich nicht daran, dem Völkerbundsrat durch eine Wiederholung der Gründe für den Austritt Deutschlands die Ziehung der Bilanz zu erleichtern; denn die Hauptursache, weswegen Deutschland am 3. September 1925 überhaupt Mitglied des Völkerbundes geworden ist, nämlich um für den Schutz der deutschen Minderheiten zu sorgen, hat sich im Laufe der acht Jahre als hinfällig erwiesen. Selbst ein Mann wie Briand, der nach außen hin ein gewisses Gewicht auf die Herstellung einigermaßen konzilianter Beziehungen zu Deutschland legte — allerdings ohne sachlich irgendwelches Entgegenkommen zu zeigen —, hat einmal in Genf unwirsch über die „Belästigungen" geklagt, die die Großmächte durch die Vertreter" völkischer Minderheiten erführen. Diese Vertreter waren allerdings vor allem solche der deutschen Minderheit jenseits unserer Grenzen!

Wenn also die Reichsregierung den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund erklärte und nun der Völkerbundsrat ohne sein bisheriges deutsches Mitglied tagt, so ist dieser Schritt gewissermaßen nachträglich noch begründet worden durch eine Debatte im — französischen Senat, wo man die Karten ganz offen aufdeckte. Dort hat es einer der Senatoren, der politisch der zur Zeit herrschenden Partei angehört, als „gar nicht wünschenswert" bezeichnet, daß Deutschland in den Völkerbund zurückkehre; denn das würde nur unter Bedingungen erfolgen, deren Kosten Frankreich zu tragen hätte! Deutschland würde nämlich in den Völkerbund nur dann zurückkehren, wenn es „Vorteile davon hätte", und es würde dies auch nur provisorisch tun. Andererseits wäre eine Abänderung des Völkerbundsstatuts nicht möglich ohne die Verträge zu verletzen. Ein Abgrund also klafft zwischen dem, was Deutschland und, nach den Äußerungen Mussolinis auch Italien in einem wirklichen Völkerbund sehen, und den Ansichten und Absichten, die Frankreich und etwa die Kleine Entente mit dem gegenwärtigen Völkerbund hegen und verfolgen. In ihren Augen hat der Völkerbund nur die Aufgabe, die völkerrechtlichen Formeln für die Aufrechterhaltung des Zustandes zu finden, den die Pariser Vorortdiktate 1919 festgelegt haben und festhalten sollen. In Genf — und das ist der Hauptposten in der Bilanz, die man dort jetzt ohne Deutschland ziehen wird — prallt der „Revisionismus", der jenem Zustand auf dem Wege der Verhandlungen beseitigen will, direkt auf die Hartnäckigkeit, die Nutznießer der Friedensdiktate von 1919 jedem Gedanken und Vorschlag einer Revision entgegenstellen.

Der damalige Ministerpräsident Tardieu, ein Mann der ein gelehriger Schüler Clémenceaus war, hat schon vor zwei Jahren das drohende Wort nach Deutschland hinübergerufen, daß jeder Vorschlag für eine Revision der Bestimmungen von Versailles eine — Kriegsursache sein würde! Dabei heißt es im Artikel 19 des Völkerbundsstatuts ausdrücklich, die Bundesversammlung „könne von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte"! Jedesmal aber, wenn irgendeine der unter dem Druck dieser Verträge leidenden Mittelmächte einen Anlauf nahm, um unter Bezugnahme auf diesen Artikel 19 ein auch nur gemäßigte Kritik an den Diktaten von Versailles, St. Germain usw. zu üben, stellte sich der Vertreter des Französischen Staates und gleich auch namens der Kleinen Entente auf die Genfer Rednertribüne und beschuldigte den Kritiker ohne weiteres der „Friedensstörung". Damit geschah das gleiche wie in den meisten Fällen, wenn die vergewaltigten deutschen Minderheiten in Genf zu klagen wagten. Fast immer sind sie wie lästige Bettler behandelt worden; es war aber auch ein Fehler der früheren deutschen Völkerbundspolitik, nicht mit der notwendigen Energie diese Klagen unserer Volksgenossen jenseits der Grenzen unterstützt zu haben, nur um in Genf „mit dabei zu sein".

Infolgedessen wird auch der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wenig oder gar nichts an dieser schlechten Behandlung ändern, die die völkischen Minderheiten in Genf immer erfahren haben. Man wird also beim Völkerbund nun ohne Deutschland weiterreden dürfen; denn zu einem Handeln ist es ja dort überhaupt noch niemals gekommen oder nur dann, wenn deutsche Lebensinteressen geschädigt wurden.

*

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates unter Vorsitz des polnischen Außenministers Beck dauerte weniger als zehn Minuten. Nach Verlesung einiger Berichte von geringer Bedeutung wurde die Ratstagung geschlossen. Die nächste Sitzung des Rates ist auf Mittwoch festgesetzt.

Deutschland soll nach Genf kommen.

Das deutsche Volk lehnt ab.

Kommuniqué des Völkerbundsrates in der Saarangelegenheit.

Das Völkerbundssekretariat gibt ein Kommuniqué bekannt, in dem es heißt:

Der Rat hat im Verlauf seiner Geheimsitzung beschlossen, der deutschen Regierung durch Vermittlung des deutschen Konsuls in Genf folgenden Auszug aus dem Protokoll seiner Sitzung zu übermitteln, der sich mit der Besprechung des Punktes 26 seiner Tagesordnung befaßt: „Saargebiet, Vorbereitende Maßnahmen, die im Hinblick auf die Volksabstimmung zu treffen sind."

Aus Gründen, für die der Rat nicht verantwortlich ist, bleibt der Sitz des deutschen Delegierten im Rat in diesem Augenblick leer. Da Deutschland noch für zwei Jahre Mitglied des Völkerbundes und Mitglied des Völkerbundsrates ist, sendet das Sekretariat regelmäßig die Dokumente, die den Rat betreffen, nach Berlin. Die deutsche Regierung ist also darüber unterrichtet, daß diese Diskussion über die Volksabstimmung im Saargebiet vor dem Rat stattfinden wird.

Die französische Regierung, in Berücksichtigung der Bedeutung, die sie den späteren Erwägungen über diese Frage beimißt, hätte lebhaft gewünscht, daß die deutsche Regierung ihre Aufmerksamkeit ausdrücklich auf die Tatsache gerichtet hätte, daß die Debatte über diesen Punkt während dieser Ratstagung stattfinden wird.

Aus Gründen der Loyalität und des Fair plais, welche die Mitglieder des Rats ohne Zweifel billigen werden, wünscht die französische Regierung, daß die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf diesen Punkt der Tagesordnung gelenkt wird und daß, da die Diskussion über diesen Punkt 26 der Tagesordnung erst in den letzten Tagen der Tagung stattfinden wird, der

deutschen Regierung, wenn sie es wünschen sollte, in jedem Fall noch Zeit bleibt, sich hier vertreten zu lassen.

Baron Aloisi schlägt vor, ein Telegramm nach Berlin zu schicken und den Tag der Debatte festzusetzen, sobald die deutsche Antwort im Sekretariat eingegangen sein wird.

Der Präsident ist der Meinung, daß man das Datum der Debatte unter Vorbehalt auf das Ende dieser Woche festsetzen und unter Umständen abändern kann, sobald die deutsche Antwort eingetroffen ist.

Die Vorschläge des Präsidenten werden angenommen.

*

Angst vor der Saarabstimmung.

Das Saarvolk soll um sein Recht gebracht werden.

Die deutschfeindliche Gegenpropaganda um die Saarabstimmung nimmt an Schärfe ständig zu. Je klarer sich die unbedingte Vaterlandstreue der rein deutschen Saarbevölkerung vor aller Welt darstellt, um so unehrlicher, unsauberer werden die Mittel, mit denen Frankreich und seine Freunde Deutschland auch über das Jahr 1934 hinaus noch um sein rechtmäßiges historisches Eigentum, das Saargebiet, bringen wollen, entgegen selbst den Bestimmungen des Versailler Diktates. In den Feldzug, den die „neutrale" landfremde Saarregierung und die französische Presse mit weitgehendster Unterstützung der französischen Regierung gegen den sicheren deutschen Abstimmungssieg dort führen, haben sich jetzt auch eine Anzahl englischer Blätter eingeschaltet, die für ihre notorisch franzosenfreundliche Haltung bekannt sind.

Diese Londoner Zeitungen fangen freilich ihre Sache so ungeschickt und plump an, daß auch der Nichtdeutsche den eigentlichen Sinn und Zweck dieser Sorte von Berichterstattung sofort erkennt. Man braucht nur ein Beispiel herauszugreifen. Da lassen sich mehrere Londoner Blätter einreden, die ganze Lage in der Abstimmungsfrage sei so „unübersichtlich", daß

die Abstimmung am besten — verschoben

werde! Merkst du was, Deutscher? Diesen dummdreisten Einfall haben wir wortwörtlich schon Dutzende von Malen auch in den französischen Zeitungen gelesen. Der Zweck ist klar: ist die im Versailler Diktat ja ganz eindeutig festgelegte Abstimmung erst einmal auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben und reiht sich in der nun schon fünfzehnjährigen widerrechtlichen Besetzung des Saargebietes weiter Jahr um Jahr unter einer landfremden Regierung, die immer aus Franzosen und Französlingen besteht, dann geht, so hoffen diese englisch-französischen Zweckschreiber und ihre Auftraggeber, das Saargebiet schließlich ganz von selbst, sozusagen durch Gewohnheitsrecht, in den endgültigen Besitz Frankreichs über. Es wird dafür gesorgt werden, daß diese Verschiebung, diese erneute Täuschung der treudeutschen Saarbevölkerung um ihre verbrieften Rechte niemals Wirklichkeit wird.

Schandenhalber wollen wir hier nicht verschweigen, wie die englischen Blätter zu ihren lügenhaften Darstellungen der Lage im Saargebiet gekommen sind. Sie schöpfen

aus einer der allerübelsten Quellen:

Seit einigen Tagen hält sich nämlich der vielfach vorbestrafte berüchtigte Kommunist und Separatist Matz Braun, Frankreichs Liebling, in London auf und gibt dort der Londoner Presse „Informationen". Man kann die Leser dieser Zeitungen nur bedauern, wenn sie sich über eins der wichtigsten europäischen Probleme durch Berichte unterrichten lassen müssen, die letzten Endes von einem internationalen politischen Hochstapler und Verbrecher stammen. Daß die englischen Redaktionen sich nicht scheuen, derartige „Informationen" überhaupt aufzunehmen, wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre Wahrheitsliebe und ihre Unparteilichkeit!

Frankreichs Hintermänner an der Saar.

Antideutsche Wühler am Werk.

Je näher die Behandlung der Saarfrage im Völkerbundsrat heranrückt, um so emsiger wird das Treiben der saarländisch-separatistischen und autonomistischen Kreise. Während die deutsche Bevölkerung durch ihre Vertretung, die „Deutsche Front", ihren Willen in Genf kundgab, hatten die Gegner des deutschen Gedankens allein drei Denkschriften nach Genf gesandt, ohne auch nur den geringsten Bruchteil der Bevölkerung hinter sich zu haben. Besonders auffallend ist die Tätigkeit des bekannten Separatisten und Führers der Sozialdemokraten im Saargebiet, Matz Braun. Über die Absicht der Marxisten und Separatisten konnten nach verschiedenen Äußerungen Brauns in Kundgebungen in Erfahrung gebracht werden, daß diese Absicht eine doppelte ist: Einmal wollen sie in Genf erreichen, daß die

Saarabstimmung auf mehrere Jahre verschoben

wird. Zum anderen sollen verschiedene Mitglieder der Saarregierung, die den Marxisten und Separatisten nicht aktiv genug gegen die deutsche Saarbevölkerung vorgehen, entfernt werden. An deren Stelle soll in erster Linie der

marxistische Jude und Rechtsanwalt Dr. Sender

aus Saarbrücken treten. Sender hat schon in mehreren marxistischen Kundgebungen, die bekanntlich im Gegensatz zu den deutschen Veranstaltungen von der Saarregierung erlaubt sind, zum Ausdruck gebracht, wie er die saarländische Justizverwaltung gegen die deutschgesinnte Bevölkerung auszubauen gedenke. Das deutsche Volk an der Saar muß gegen dieses dunkle Treiben der Hintermänner Frankreichs vor aller Welt schärfstens protestieren. Es ist unglaublich, daß einige wenige Verbrecher das Schicksal eines Volkes von 800 000 Menschen auch nur im geringsten beeinflussen. Sind doch die meisten dieser Dunkelmänner, wie vor allem auch Matz Braun, nicht einmal geborene Saarländer und abstimmungsberechtigt.

*

4000 „internationale" Saar-Polizisten?

Wie Frankreich die Abstimmung kontrollieren will.

Auf der kommenden Völkerbundstagung wird sich, wie das Pariser Sozialistenblatt „Oeuvre" wissen will, die französische Regierung bei Beratung der Saarfrage nicht darauf beschränken, die Ernennung eines Ausschusses zu beantragen, der sich mit der Organisierung der Abstimmung im Saargebiet beschäftigen soll, sondern von den beteiligten Regierungen grundsätzliche Erklärungen über ihre Saar-Politik und insbesondere die Aufstellung einer internationalen Polizei für das Saargebiet in einer Stärke von 4000 Mann verlangen.

*

Die Wahrheit über die Saar.

Die Deutsche Front an den Völkerbundsrat.

Die Fraktion Deutsche Front des Landesrates des Saargebietes richtet an den Völkerbundsrat eine Denkschrift, in der nochmals um genaue Untersuchung der Zwischenfälle der letzten Zeit, wie Grenzverletzungen,

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF